

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung
und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH,
Frankfurt/Main

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Nr. 4/1989 – Dezember

Die kapitalistische Weltwirtschaft beendet das siebente Jahr eines Aufschwungs, der, zunächst zögernd verlaufend, in den beiden letzten Jahren erheblich an Tempo gewonnen und alle Prognostiker überrascht hat. Seine Haupttriebkraft ist ein expandierender Außenhandel, der die Weltwirtschaft enger verflochten, gleichzeitig aber auch gewaltige Ungleichgewichte angehäuft hat. Auch die weiteren konjunkturellen Aussichten sind nicht ungünstig.

Allgemein wird mit einer etwas verlangsamten Fortsetzung des Aufschwungs gerechnet, vor allem in den USA machen sich seit einiger Zeit deutliche Abschwächungstendenzen bemerkbar – allerdings ohne daß bislang von einer regelrechten Rezession gesprochen werden kann. Vor dem Hintergrund der schwächer werdenden US-Konjunktur und stagnierender Gewinnerwartungen erscheint der „Minikrach“ an der New Yorker Börse vom Oktober keineswegs so unbedeutend, wie es vielfach dargestellt wurde.

In Japan allerdings setzt sich die Aufwärtsentwicklung kaum vermindert fort, ähnlich wie in den meisten Ländern Westeuropas mit Ausnahme Großbritanniens. Dort wird inzwischen – bei einer drastischen Verschlechterung der Handelsbilanz – mit einem Konjunktur-einbruch gerechnet. In den übrigen westeuropäischen Ländern herrscht weiterhin Optimismus – bei hohen Investitionen werden Wachstumsraten wie in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre verzeichnet. Störend wirken dabei weniger die kaum verminderte Arbeitslosigkeit als vielmehr die wachsenden Handelsbilanzungleichgewichte. Während die Bundesrepublik immer neue Rekordüberschüsse registrieren kann, geraten die übrigen westeuropäischen Partnerländer immer tiefer ins Minus.

Das wirtschaftliche Wachstum in der Bundesrepublik hat sich entgegen den Erwartungen nochmals beschleunigt.

Mit einem Zuwachs des Bruttosozialprodukts um vier Prozent im Jahre 1989 ist nun zu rechnen. Diese Ziffer wird allerdings durch die hohen Kapitalgewinne aus Auslandskapitalanlagen etwas überzeichnet – die inländische Produktion von Gütern und Leistungen ist wie im Vorjahr um etwa dreieinhalb Prozent gewachsen.

Haupttriebkraft war bislang der Export mit einer Zuwachsrate von 12 Prozent. Der Überschuß im Waren- und Dienstleistungshandel beträgt sechseinhalb Prozent des Sozialprodukts. Neben den Exporten haben sich die Investitionen dynamisch entwickelt, während der private Verbrauch nur noch langsam angestiegen ist. Niedrige tarifliche Einkommensverbesserungen und ein beschleunigter Preisanstieg haben die Entwicklung der Kaufkraft stark gebremst.

Das wird allerdings im kommenden Jahr anders werden: Obwohl die 1990 wirksam werdende Steuerreform überwiegend den oberen und obersten Einkommensschichten zugute kommt, beinhaltet sie doch einen kräftigen Kaufkrafteffekt. Hinzu kommen die Auswirkungen des Zustroms an Aus- und Übersiedlern, die zumindest kurzfristig einem Konjunkturankurbelungsprogramm gleichkommen.

Dies spielt sich ab vor dem Hintergrund einer außerordentlich günstigen Finanzierungssituation der öffentlichen Haushalte: Erstmals seit dem Beginn der siebziger Jahre ist der Gesamthaushalt (inklusive Sozialversicherungen) ausgeglichen. Die im nächsten Jahr zu erwartende Finanzierungslücke von rund 17 Milliarden ist wesentlich kleiner als ursprünglich befürchtet.

Bleibt der kleine „Schönheitsfehler“ in der Arbeitsmarktstatistik, die immer noch von zwei Millionen Arbeitslosen spricht. Dies wird sich trotz steigender Beschäftigung nicht ändern, da das Er-

werbspersonenpotential ebenso stark ansteigt. Während alle Welt von „Facharbeitermangel“ spricht, verfestigt sich die Arbeitslosigkeit eher, konzentriert sich auf bestimmte Gruppen von Dauerarbeitslosen und Benachteiligten.

Auf sechs Millionen schätzt der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) die Zahl der „Armen“ in unserem Land, jener Menschen, die „so hinter dem Durchschnittseinkommen der abhängig Beschäftigten zurückbleiben, daß sie die elementarsten Bedürfnisse nicht mehr befriedigen können“ (DPWV-Vorstandsmitglied Dr. Iben). Und es ist nicht zu erwarten, daß der anhaltende Konjunkturaufschwung diese Situation zum Besseren wenden wird.

INHALT

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Produktion
- 1.3 Industriebranchen
- 1.4 Investitionen
- 1.5 Außenwirtschaft
- 1.6 Geld- und Kapitalmarkt

2 Unternehmerrgewinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmerrgewinne
- 2.2 Konzentration

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Preise
- 3.3 Beschäftigung und
Arbeitslosigkeit
- 3.4 Tarifrunde 1990

1.1 Sozialprodukt

Das Bruttosozialprodukt wird nach den Schätzungen des Herbstgutachtens der fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute im Jahre 1989 um rd. 4 Prozent real ansteigen. Ursache des Wachstums ist weniger die Inlandsnachfrage, die nur um 3 Prozent ansteigt, da sie von einem privaten Gebrauch geprägt ist, der nur um 2 Prozent zunimmt. 1989 ist vielmehr ein Jahr der Exportkonjunktur: Die Ausfuhren erhöhen sich um 11,5 Prozent und erweisen sich als Konjunkturstütze.

Nach den Voraussagen des Herbstgutachtens sowie des Sachverständigenrats wird es sich im Jahre 1990 gerade umgekehrt verhalten: Der private Verbrauch wird – unterstützt durch die Steuerreform – um 3,5 Prozent wachsen, während die Ausfuhren mit 5,5 Prozent einen nur noch halb so großen Anstieg aufweisen werden. Auch die Anlageinvestitionen werden mit 4,5 Prozent einen geringeren Anstieg als 1989 erfahren, wo sie um 7,5 Prozent wuchsen. Das Bruttosozialprodukt wird dem Gutachten zufolge 1990 um 1 Prozent weniger als 1989 anwachsen: um 3 Prozent.

1.2 Produktion

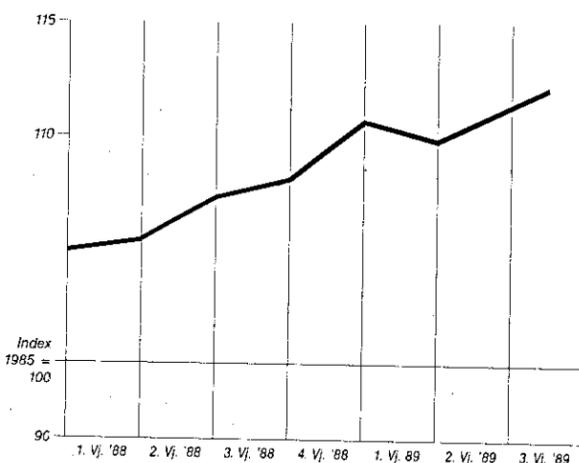
Noch ist der Trend der materiellen Produktion in der Bundesrepublik weiterhin aufwärts gerichtet, sieht man von monatlichen statistischen Zufallseinflüssen ab. Verschiedentlich scheinen sogar Kapazitätsengpässe eine weitere Produktionsausweitung zu behindern. Die Kapazitätsausnutzung der Industrie (ohne Nahrungs- und Genußmittel) hat im September 89,5 Prozent erreicht – gegenüber 87,4 Prozent im September 1988; zur Jahresmitte 1989 hatte sie bei 88,9 Prozent gelegen. Im Maschinenbau lag die Auslastung mit 93,6 Prozent am höchsten. Nach Ermittlungen des Münchener Ifo-Instituts sieht jeder zehnte Betrieb seinen Anlagenbestand als zu klein an, gemessen an der für die nächsten zwölf Monate erwarteten Nachfrage.

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe¹

1988			1989			
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
104,9	105,4	107,3	108,1	110,6	109,8	112,1

¹ Volumen; Index 1985 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, saisonbereinigte Wirtschaftszahlen)

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe



IMSF

Der Umfang der Produktion ist im dritten Quartal wieder kräftig angestiegen. Nach einer leichten Beruhigung im zweiten Quartal wurde im dritten Vierteljahr 1989 der Vorjahresstand wieder deutlich übertroffen und hat ein neues Rekordniveau erreicht.

Die Nettoproduktion wuchs allerdings sehr unterschiedlich. Während die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie in verhaltenem

Ausmaß zulegen, behielt die Produktion der Investitionsgüterindustrie ihre hohen Zuwachsraten seit Jahresbeginn in etwa bei:

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹

	April	Mal	Juni	Juli	August	September ²
Insgesamt	+ 7,6	+1,0	+5,4	+ 7,0	+2,1	+2,6
Grundstoffe/Produktionsgüter	+ 4,3	-0,2	+3,4	+ 1,7	+1,0	+1,2
Investitionsgüter	+11,8	+2,8	+8,2	+14,0	+3,9	+4,1
Verbrauchsgüter	+ 6,8	+0,2	+6,2	+ 6,3	+2,5	+2,3

¹ 1989 in % gegenüber dem Vorjahr
² Vorläufig
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

Allerdings verläuft die Tendenz bei den Auftragseingängen anders als bei der Produktion. Die Auftragsentwicklung hat sich im dritten Quartal – trotz weiteren Zuwachses gegenüber dem Vorjahr – merklich verlangsamt. Dies gilt vor allem für die Inlandsaufträge, die – saisonbereinigt – nur um 0,4 Prozent gegenüber dem zweiten Quartal anstiegen, während die Auslandsbestellungen im gleichen Zeitraum noch um 1,1 Prozent zunahmten:

Saisonbereinigter Index des industriellen Auftragseingangs¹

1988				1989		
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
103,9	106,7	110,8	110,1	112,7	116,4	117,2

¹ Volumen, Index 1985 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Iff.)

Eine spürbare Verlangsamung beim Auftragseingang ist allerdings noch nicht sichtbar. So verbirgt sich etwa hinter der Zuwachsrate für die gesamte verarbeitende Industrie von +5,7 Prozent im September gegenüber dem Vorjahresmonat ein nur mäßiger Anstieg von 1 Prozent bei den Grundstoffen (nicht nominal, sondern real betrachtet, ist es sogar ein Bestellrückgang von -1,8 Prozent, der bei den Inlandsaufträgen sogar den Wert von -3,2 Prozent erreicht). Auch die inländischen Konsumgüterbestellungen wachsen mit +3,8 Prozent unterdurchschnittlich. Wieder einmal ist die Auftragsstütze das Ausland, dessen Aufträge überall positive Vorzeichen aufweisen. Außerdem die Investitionsgüterindustrie, deren Aufträge aus Inland und Ausland gleichermaßen um 6,8 Prozent zunehmen:

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹

	Insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
Januar	+ 16,6	+ 16,0	+ 17,9	+ 13,6
Februar	+ 8,3	+ 7,4	+ 10,4	+ 3,8
März	+ 9,0	+ 5,5	+ 13,0	+ 2,0
April	+20,5	+14,6	+26,0	+13,2
Mai	+ 8,2	+ 4,0	+11,5	+ 5,0
Juni	+18,2	+14,3	+21,5	+13,6
Juli	+ 9,4	+ 8,5	+ 9,9	+ 9,1
August	+ 7,9	+ 3,4	+10,7	+ 6,9
September ²	+ 5,7	+ 1,0	+ 8,6	+ 3,8

¹ Veränderungen 1989 in % gegenüber dem Vorjahr, zu jeweiligen Preisen
² Vorläufig
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

Insgesamt vermitteln die Statistiken der materiellen Produktion das Bild eines noch anhaltenden Expansionsprozesses, der durch die hohe Investitionsneigung im In- und Ausland vorangetrieben wird und vereinzelt bereits an Kapazitätsgrenzen gestoßen ist.

1.3 Industriebranchen

Das Urteil einer allgemein günstigen wirtschaftlichen Situation gilt für fast alle bedeutenden industriellen Branchen. Lediglich die eisenschaffende Industrie zeigt Schwächeerscheinungen.

Ansonsten aber wurden die ohnehin schon günstigen Erwartungen der Unternehmen und Verbände vom Jahresbeginn im Jahresverlauf 1989 meist übertroffen.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹

	1. Vj. 1989	2. Vj. 1989	Juni	Juli ²
Produzierendes Gewerbe insges.	+ 5,2	+ 4,6	+ 5,4	+ 8,6
Eisenschaffende Industrie	+ 4,6	+ 4,8	- 0,3	+ 0,6
Chemische Industrie	+ 3,9	+ 1,3	+ 4,1	+ 2,1
Maschinenbau	+ 9,0	+12,0	+10,9	+17,3
Straßenfahrzeugbau	+ 6,6	+ 7,7	+ 9,1	+19,7
Elektrotechnik	+ 9,0	+ 9,1	+11,3	+17,7
EDV-Geräte	- 1,5	- 9,9	-13,8	+ 4,2
Textilgewerbe	- 1,0	+ 2,2	+ 4,3	+ 9,9
Bekleidungsgewerbe	- 3,0	- 3,6	- 2,4	+ 2,8
Bauhauptgewerbe	+20,5	- 2,0	- 0,1	- 0,3

¹ In % gegenüber dem Vorjahr
² Vorläufig
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, Iff.)

Nach dem kräftigen Vorjahreszuwachs der **eisenschaffenden Industrie** von 12 Prozent zeichnet sich eine merkliche Tempoverlangsamung des Anstiegs auf etwa 1 Prozent im laufenden Jahr ab. Die Stahlproduktion dürfte in diesem Jahr um 500 000 t auf 41,5 Mio. t Rohstahl steigen. Allerdings wird für den EG-Bereich im Jahre 1990 ein Rückgang von Produktion und Verbrauch von 2 bis 3 Prozent erwartet. Die Stahlindustrie der Bundesrepublik bekommt diese Tendenz bereits in den Aufträgen zu spüren, die in den ersten neun Monaten 1989 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 3 Prozent sanken.

Die **Chemieindustrie** hat in den ersten neun Monaten 1989 die Produktion um 2 Prozent und ihren Umsatz um 7 Prozent gesteigert. Mit diesen Ziffern rechnet der Verband der Chemischen Industrie auch für den Rest des Jahres. Sorgen bereiten der Branche nur die Bereiche Standardkunststoffe und Düngemittel, während die Geschäfte mit Industriechemikalien, Spezialkunststoffen und im Pharmabereich günstig verlaufen. Besonders kräftig steigen die Exporte, nämlich um 10 Prozent, sie bilden die wichtigste Stütze der seit sieben Jahren glänzenden Branchenkonjunktur.

Der **Maschinenbau** profitiert in hohem Maße von der national und international (vor allem in Westeuropa) günstigen Investitionskonjunktur. Die Branche, die 41 Prozent des Umsatzes in der EG erzielt, rechnet damit, daß die Produktion 1989 um real 8 Prozent (1988: +3,2 Prozent) steigt. Die Auftragseingänge liegen gar um 15 bis 20 Prozent höher als im Vorjahr, so daß eine Steigerung des Umsatzes um über 10 Prozent auf knapp 200 Millionen DM realistisch erscheint.

Die **Elektroindustrie** dürfte in diesem Jahr infolge der hohen allgemeinen Investitionstätigkeit ein Wachstum von real 7,5 Prozent erreichen. Ihre Wachstumsrate liegt damit über derjenigen Westeuropas und der USA und wird lediglich von Japan übertroffen. Besonders stark profitierte von der guten Geschäftslage der Siemenskonzern, der seinen Umsatz (ohne Kernkraftwerke) um 11 Prozent erhöhte und einen Rekordgewinn von +13 Prozent erzielte. Auch bei der Elektroindustrie expandiert vor allem das Auslandsgeschäft – bei gleichzeitig stabilen Inlandsaufträgen.

Nachdem im Februar 1989 der Spitzenverband der **Automobilindustrie** noch einen Produktionsrückgang von -4 Prozent befürchtet hatte, blieb im Gegensatz dazu die Produktions- und Absatzlage im Laufe des Jahres auf hohem Niveau erstaunlich stabil. Mittlerweile wird für 1989 für den Pkw-Bereich sogar mit einer Produktionssteigerung um 2 bis 3 Prozent gerechnet, wobei der Zuwachs allerdings ausschließlich auf erhöhten Ausfuhren beruht, die durch die schwache DM erleichtert werden. Die Neuzulassungen im Inland steigen nur geringfügig, und für 1990 ist mit Stagnation bzw. Rückgang zu rechnen. Auf dem heimischen Absatzmarkt gewannen Opel und BMW Marktanteile dazu, während Mercedes-Benz, VW/Audi und Ford Anteile verloren. (Bei Nutzfahrzeugen konnte Mercedes allerdings erhebliche Produktionssteigerungen erzielen. Und was Gesamtkonzernumsatz, Stückzahlen und Gewinn betrifft, so ist für VW 1989 das beste Geschäftsjahr seiner Geschichte). Die Aussichten für 1990 ergeben sich einerseits aus der günstigeren privaten Inlandsnachfrage und andererseits aus der verschlechter-

ten Nachfragekraft in den drei wichtigen Abnehmerländern Großbritannien, Frankreich und Spanien. Die zusätzliche Binnennachfrage (die sich zudem noch stärker in Importautos realisieren wird) dürfte den wahrscheinlich kräftigen Exportrückgang nicht kompensieren können, so daß für 1990 die meisten Experten mit einem leichten Pkw-Produktionsrückgang rechnen.

Zufrieden – auf bescheidenem Niveau – mit Produktion und Umsatz sind 1989 sowohl die **Textil-** als auch die **Bekleidungsindustrie**. Die Textilbranche erwartet für 1989 ein kleines Produktionsplus von 1,5 Prozent (gegenüber -2 Prozent im Vorjahr) und eine Umsatzsteigerung von 6 Prozent. Die Hochkonjunktur beschert auch der Bekleidungsindustrie ein gutes Jahr. Infolge der Zunahme der Bekleidungsexporte (um 18 Prozent im ersten Halbjahr 1989) steigt der Umsatz um ca. 2 bis 3 Prozent.

Dagegen haben sich die Perspektiven in der **Bauwirtschaft** nachhaltig aufgehellt. Im Wohnungsbau zeichnet sich 1989 erstmals seit fünf Jahren wieder eine Zunahme der fertiggestellten Wohnungen ab – sogar im Mehrfamilienhausbau kam es zu einer Tendenzumkehr. Der Mietwohnungsbau ist für Bauherren wieder rentabel geworden, nachdem die Wohnraumverknappung – vor allem in den Ballungszentren – die Durchsetzung hoher Mieten gestattet. Der Mietwohnungsbau wird überdies seit März 1989 durch verbesserte Abschreibungsbedingungen und leicht angehobene staatliche Förderprogramme für den sozialen Wohnungsbau und für Aussiedler begünstigt. Auch im Wirtschaftsbau setzt sich – aufgrund der hohen Investitionsneigung in der Industrie – die Aufwärtsentwicklung der letzten Jahre fort. Lediglich im öffentlichen Bau ist nur mit geringen Zuwächsen zu rechnen. Bei der hohen Kapazitätsauslastung eröffnet die steigende Nachfrage den Bauunternehmern die Möglichkeit, die Baupreise um 3 bis 4 Prozent anzuheben. Andererseits soll nicht verschwiegen werden, daß die Zahl der Beschäftigten unter dem Niveau des Vorjahres liegt und daß das Baugewerbe mit Ausnahme bestimmter spezifischer Qualifikationen bei fast 90 000 registrierten arbeitslosen Bauarbeitern noch über reichlichen personalpolitischen Spielraum verfügt.

1.4 Investitionen

Die Investitionstätigkeit ist zwar auch im dritten Vierteljahr neben dem Außenhandel die tragende Kraft der konjunkturellen Entwicklung. Dennoch hat sich das Tempo der Investitionszunahme seit Jahresmitte 1989 abgeschwächt – Vorbote einer für 1990 erwarteten allgemeinen Wachstumsverlangsamung der Wirtschaft.

Investitionen in der Gesamtwirtschaft¹

	1988	1989	1990 ²
Ausrüstungen	+7,5	+10,0	+6,0
Bauten	+4,7	+ 6,0	+3,0
Anlageinvestitionen insgesamt	+5,9	+ 7,5	+4,5

¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr, feste Preise
² Prognose des Herbstgutachtens
(Quelle: DIW-Wochenbericht, 43/1989)

Nach der Vorausschätzung des Herbstgutachtens der fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute werden 1990 die Steigerungsraten der Anlageinvestitionen merklich unter den Größen von 1989 bleiben. Zwar wird wegen der Steuerreform mit steigender Konsumgüternachfrage im Inland gerechnet. Auch die hohe Kapazitätsauslastung bei anhaltend hohen Gewinnen befördert die Investitionsbereitschaft. Andererseits nimmt die Aulandsnachfrage nicht mehr so stark zu, was ein abnehmendes Tempo beim Zuwachs der Investitionen wahrscheinlich macht.

In den Metallbereichen des Grundstoffsektors planen die Unternehmen für die kommenden 12 Monate keine Ausweitung ihrer Kapazitäten. Ebenso halten die Hersteller elektronischer Investitionsgüter ihre Fertigungskapazitäten für ausreichend. Im Maschinenbau dagegen sind, insbesondere wegen der weiterhin günstigen Aussichten im Auslandsgeschäft, die bestehenden Kapazitäten schon jetzt zu eng. Auch im Gebrauchs- und Verbrauchsgüterbereich werden – im Hinblick auf die Zunahme des privaten Verbrauchs – mehr Investitionen ins Auge gefaßt.

1.5 Außenwirtschaft

Der Außenhandel mit Waren und Dienstleistungen hat in den letzten Monaten wieder stark zugenommen. Während im Juni und Juli – trotz Exportüberschüssen – die Einfuhren schneller stiegen als die Ausfuhren, hat sich die Tendenz seit August wieder umgekehrt: Nach einer kräftigen Ausweitung der Exporte um 6,3 Prozent gegenüber dem Vormonat im September (während die Einfuhren um 5 Prozent stiegen), steuert die Bundesrepublik in diesem Jahr einen neuen Außenhandelsrekord an. In den ersten neun Monaten 1989 überstieg der Außenhandelsüberschuß von 104,6 Milliarden DM jenen des entsprechenden Zeitraums im bisherigen Rekordjahr 1988 um 15 Prozent. Auch die Leistungsbilanz – mit ihrem großen Passivsaldo Übertragungen – wies infolge der hohen Ausfuhren von Januar bis September einen Überschuß von 76 Milliarden DM aus – ebenfalls ein Jahresrekordergebnis. Auch im Oktober stieg der Export um 6,3 Prozent gegenüber dem Vormonat bzw. um 11,4 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Einfuhren nahmen um 5 bzw. um 11,8 Prozent zu.

Allerdings ist damit zu rechnen, daß 1990 der Außenhandel nicht mehr in dem Maße wie 1989 die Rolle eines Konjunkturmotors spielen wird.

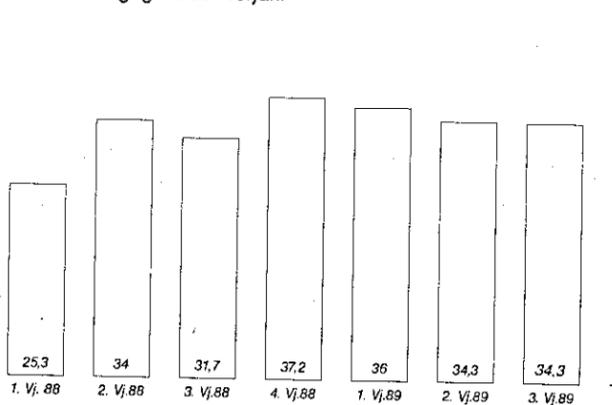
Außenhandel der BRD

	Exporte Mrd. DM	% ¹	Importe Mrd. DM	% ¹	Saldo Mrd. DM	% ¹
1. Vj. 88	128,3	+ 0,8	103,0	+ 3,5	+ 25,3	- 9,2
2. Vj. 88	143,8	+ 11,2	111,4	+ 9,6	+ 34,0	+ 22,3
3. Vj. 88	138,9	+ 8,9	107,2	+ 7,7	+ 31,7	+ 13,2
4. Vj. 88	159,5	+ 11,5	122,3	+ 12,3	+ 37,2	+ 9,1
1. Vj. 89	156,2	+ 21,7	120,2	+ 16,7	+ 36,0	+ 42,3
2. Vj. 89	165,3	+ 15,0	131,0	+ 17,6	+ 34,3	+ 1,0
3. Vj. 89	154,4	+ 11,1	120,1	+ 12,0	+ 34,3	+ 8,1

¹ In % gegenüber dem Vorjahr, Spezialhandel, letzte Zahl vorläufig
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

Außenhandel der BRD

Saldo in % gegenüber Vorjahr



IMSF

Da der Kern der Warenausfuhren der Bundesrepublik von Investitionsgütern gebildet wird, wird der Warenexport im nächsten Jahr zwar weiter deutlich zunehmen, doch wird sich sein Tempo mit der verlangsamten Konjunkturentwicklung in den Industrieländern spürbar verringern. Dabei wird die westeuropäische Investitionstätigkeit die Hauptstütze der Ausfuhren bleiben. Die Ausfuhr in die USA wird sich kaum erhöhen, wo sich bereits 1989 konjunkturelle Schwächeerscheinungen zeigen. Auch die OPEC-Länder sowie die Entwicklungsländer sind aufgrund ihrer niedrigeren Rohstoffeinnahmen zu einer Ausweitung ihrer Käufe nicht in der Lage. Die Ausfuhr in sozialistische Länder wird sicher wachsen, doch ist die Größenordnung des Osthandels zu gering, um merklich ins Gewicht zu fallen.

Beim Außenhandelsüberschuß ist zu beachten, daß er sich in realwirtschaftlicher Rechnung allmählich wieder der nominalen an-

gleicht. Die Einfuhrpreise steigen seit Juli nicht mehr schneller als die Exportpreise. Die Terms of Trade verschlechtern sich nicht weiter, und die über den Export ins Land kommenden Teuerungsimpulse lassen nach. Ob dieser Prozeß von Dauer ist, ist fraglich (siehe auch unter 3.2 Preise).

1.6 Geld- und Kapitalmarkt

Die starke Expansion der Wirtschaft im Laufe des Jahres 1989 spiegelt sich zunehmend in der Entwicklung des Geld- und Kreditmarktes wider, während die inländischen Emittenten am Kapitalmarkt eher zurückhaltend bleiben.

Wie aus der Tabelle „Konsolidierte Bilanz des Bankensystems“ hervorgeht, zeigen die jährlichen Zuwachsraten der Kredite an Unternehmen und Private eine steigende Tendenz: von 5,4 Prozent

Konsolidierte Bilanz des Bankensystems

	1988 Dez. Milliarden DM	1989 Sept. ² Milliarden DM	1988 Jahr Veränderungen gegenüb. Vorj. in %	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj. ²
Kredite an inländische Nichtbanken	2347,0	2425,4	6,0	6,3	5,9	5,6
- Unternehmen u. Private	1791,1	1871,5	5,4	5,9	6,3	6,8
- Öffentliche Haushalte	555,9	553,9	8,1	7,7	4,8	1,8
Netto-Auslandsforderungen	255,8	245,2	-5,5	-11,7	-9,6	-1,5
Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten ¹	1413,2	1490,5	3,0	2,6	3,7	4,8
darunter:						
Spareinlagen und -briefe	422,7	412,4	-1,4	-3,7	-2,6	-0,9
Geldvolumen (M ₃)	1189,6	1180,1	6,9	6,9	5,1	5,1

¹ Einschließlich „Zentralbankeinlagen der öffentlichen Haushalte“ und „Sonstige Einflüsse“
² Vorläufige Zahlen
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, Iff.)

Ende 1988 auf knapp 7 Prozent Ende September 1989. Die Nachfrage der öffentlichen Hand läßt dagegen nach: Das ist im wesentlichen auf das erhöhte Steueraufkommen zurückzuführen, dem die günstige Wirtschaftskontunktur und die Erhöhung der Verbrauchsteuern Anfang des Jahres zugute kommt. Der Rückgang der Nettoauslandsforderungen ist durch die Abschaffung der Quellensteuer auf Zinseinkünfte zunächst gestoppt worden.

Auf der Passivseite beschleunigt sich in den letzten Monaten die Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten: Der Zinsattentismus über die Entwicklung am Rentenmarkt begünstigt die Anlage in hochverzinsliche Termingelder bei den Banken, weil diese viel liquider sind. Das Geldvolumen M₃ wächst in den letzten Monaten nur mäßig: Die Zuwachsraten um etwa 5 Prozent gegenüber dem Vorjahr „entsprechen weiterhin den Zielvorstellungen der Bundesbank“, wie diese dazu schreibt.

Am primären Kapitalmarkt ist der Absatz von inländischen festverzinslichen Wertpapieren enttäuschend: Zu verzeichnen ist nur eine deutliche Verschiebung zwischen Anleihen der öffentlichen Hand und sonstigen Bankschuldverschreibungen. Ausländische Rentenwerte dagegen erfreuen sich weiterhin des Interesses der Anleger. Der Absatz von inländischen Aktien war bis September höher als im ganzen Vorjahr, aber es bleibt abzuwarten, ob sich der Börsenkrach vom Oktober nicht negativ auf die Aufnahmefähigkeit des Marktes auswirkt.

Eine rege Tätigkeit herrscht auf dem sekundären Kapitalmarkt: Die Börsenumsätze von festverzinslichen Wertpapieren waren zwischen Januar und August durchschnittlich noch höher als im Rekordjahr 1988; der Kassahandel von Aktien übertraf in demselben Zeitraum 1989 das Volumen des ganzen Vorjahres. Diese Tendenz wird auch von der Entwicklung bei Mittelaufkommen der Renten-

2 Unternehmerrgewinne und Konzentration

2.1 Unternehmerrgewinne

Die sieben Jahre wirtschaftlichen Aufschwungs seit 1981 waren im wesentlichen Aufschwungjahre für die Gewinne. Die Bruttoeinkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen stiegen von 1981 bis 1989 um 73 Prozent.

Bruttoeinkommen aus Unternehmerrtätigkeit und Vermögen (nominal in v. H. gegenüber Vorjahr)

Jahr	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989 ¹
	+3,5	+17,7	+10,4	+5,8	+10,8	+4,0	+10,2	+8,7

¹ Schätzung
(Quelle: Ifo-Institut)

Im gleichen Zeitraum nahmen die „Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit“ nur um 28 Prozent (real um 9,5 Prozent) zu. Aufgrund dieser Scherenentwicklung sinkt in diesem Jahr der Anteil der Lohnneinkommen am Volkseinkommen (Lohnquote) auf 67,3 Prozent. Die bereinigte Lohnquote (sie berücksichtigt die relativ gestiegene Beschäftigtenzahl) fällt 1989 sogar auf 59,3 Prozent. Das ist der tiefste Stand seit 1960.

Bruttoeinkommen aus Lohnarbeit (nominal in v. H. gegenüber Vorjahr)

Jahr	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989 ¹
	+2,2	+2,0	+3,6	+3,9	+5,1	+3,9	+3,8	+4,5

¹ Schätzung
(Quelle: Ifo-Institut)

Nach der Prognose des Herbstgutachtens soll es auch 1990 bei einem höheren Anstieg der Bruttogewinneinkommen bleiben. Allerdings sollen die Nettoeinkommen der Lohnabhängigen im nächsten Jahr relativ stärker von der Steuerentlastung profitieren.

Brutto- und Nettoeinkommenszuwächse für 1989 und 1990 (in v. H. gegenüber Vorjahr)¹

Jahr	1989	1990
Bruttoeinkommen aus Unternehmerrtätigkeit	+9,5	+ 7,5
Nettoeinkommen aus Unternehmerrtätigkeit	+8,5	+ 10,0
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	+4,5	+ 5,0
Nettolohn- und -gehaltssumme	+4,0	+8,5

¹ Schätzung des Herbstgutachtens

An dieser Stelle ist jedoch darauf hinzuweisen, daß die Werte für 1990 entscheidend von der Tarifrunde abhängen werden.

2.2 Konzentration

Vor dem Hintergrund des bevorstehenden EG-Binnenmarktes läuft schon seit längerem eine Konzentrationswelle innerhalb des westeuropäischen Kapitalismus. Die BRD-Konzerne mischen dabei kräftig mit. Auch im Spätsommer 1989 konnten sie diesbezüglich einige Daten neu setzen.

Hervorstechend ist der Sektor des Finanzkapitals; die westdeutschen Großbanken sind schon seit längerem hektisch bemüht, ihren Einfluß außerhalb der Landesgrenzen zu verstärken. Bei den strategischen Überlegungen wird Frankreich Vorrang eingeräumt, weil es neben der BRD der ökonomisch potenteste Staat auf dem Festland und der größte Handelspartner der BRD ist, und weil dort im Finanzsektor der ausländische Einfluß bisher relativ klein ist.

Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren (Milliarden DM)

	Jahr	1988		1989	
		1. Hj.	3. Vj.	1. Hj.	3. Vj. ¹
Anleihen der öffentlichen Hand	46228	24708	12616	14592	2600
Kommunalobligationen	65	243	- 388	- 814	1100
Sonstige Bankschuldverschreibungen	- 11093	- 4573	- 788	16423	12500
Industrieobligationen	- 100	- 89	6	238	100
Ausländische Rentenwerte	54797	26994	12903	222173	8400
Absatz = Erwerb insgesamt	89897	47283	24349	52612	24700
darunter:					
Kreditinstitute	33454	18742	11292	8776	-
Inländische Nichtbanken	53984	27391	15094	43436	-
Ausländer	2057	1109	- 2469	758	-

¹ Vorläufige Zahlen
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, Iff.)

fonds der Kapitalanlagegesellschaften bestätigt. Bemerkenswert ist auf diesem Markt der große Erfolg, den ausländische Investmentanteile erlebten: Der Nettoerwerb dieser Titel durch Inländer stagnierte jahrelang, um dann plötzlich 1988 und in den ersten vier Monaten 1989 auf 13 bzw. 5 Milliarden DM emporzuschnellen – eine weitere Auswirkung der Quellensteuer. Die westdeutschen Anleger scheinen eine Kapitalsteuer nicht zu verkraften, die in anderen EG-Ländern mit viel höheren Sätzen seit Jahren existiert und akzeptiert wird.

Seit Sommer 1988 tendieren Zinsen und Renditen deutlich nach oben: Da der Diskontsatz und der Lombardsatz Anfang Oktober wieder angehoben wurden, wird sich diese Entwicklung in den nächsten Monaten eher beschleunigen. Die Aktienkurse nahmen bis zum dritten Quartal 1989 fast ohne monatliche Schwankungen zu. Anfang Oktober kam es zu einer Verstimmung, die durch den Börsenkrach vom Montag, dem 13., noch verstärkt wurde. Der erneute Aktienverfall scheint – zumindest in den Köpfen der bürgerlichen Kommentatoren – eine heilsame Wirkung gehabt zu haben. So schreibt z. B. „Die Zeit“: „Den meisten Bundesbürgern sind Aktien nach wie vor zu riskant. Daran haben auch Börsenmagazine im Fernsehen und eine Flut von mehr oder weniger seriösen Aktienbriefen nichts geändert. Sie heizten die wilde und undurchsichtige Jagd nach Kursgewinnen eher noch an. Immer weniger bestimmen reale wirtschaftliche Vorgänge das Geschehen an der Börse, immer mehr dominieren irrationale Gefühle und törichte Hoffnungen. Unbarmherzig ist jeder auf das Geld des anderen aus. Die Verlierer bezahlen die Gewinner, die Zittrigen die Hartgesottenen und die Ängstlichen die Gierigen. Selten wird dieses Prinzip so deutlich wie beim jüngsten Kurseinbruch“ („Die Zeit“, n. 44, 27. 10. 1989, S. 33).

Zinsen, Rendite und Kurse am Kredit- und Kapitalmarkt

Zeit	Kontokorrentkredite ¹	Renditen von Anleihen der öffentl. Hand	Index der Aktienkurse ²
	in %		30. 12. 1980 = 100
1987			
1. Vj.	6,85	5,7	262,9
2. Vj.	6,63	5,5	261,3
3. Vj.	6,65	6,0	285,6
4. Vj.	6,62	6,2	220,4
1988			
1. Vj.	6,34	5,8	197,1
2. Vj.	6,31	6,0	208,3
3. Vj.	6,78	6,4	224,7
4. Vj.	6,99	6,2	241,2
1989			
1. Vj.	7,39	6,8	251,9
2. Vj.	7,92	7,0	264,1
3. Vj.	8,05	7,0	297,0

¹ Auf Kredite von 1 bis 5 Millionen DM
² Statistisches Bundesamt
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, Iff.)

Die Deutsche Bank scheint ihrem Ziel ein Stück nähergekommen zu sein. Sie hatte schon im letzten Jahr ihre Absicht bestätigt, eine französische Großbank aufzukaufen, um sozusagen auf einen Schlag im vorderen Feld mitspielen zu können. Bislang war sie aber noch nicht zu einem Abschluß gekommen. Mitte August wurde nun bekannt, daß der Erwerb der Mehrheit an der Banque Indosuez bevorsteht. Kommt das Geschäft zustande, dann wird es eine der größten Aktionen dieser Art in jüngerer Zeit werden.

Für die Deutsche Bank besonders wichtig: Die BI hat in ganz Frankreich 248 Filialen. Von heute auf morgen wäre die DB im ganzen Land vertreten (bislang unterhält sie nur zwei Filialen in Paris und Straßburg). Die Banque Indosuez hatte 1988 eine Bilanzsumme von 120,4 Milliarden DM und ausländische Stützpunkte vor allem in Asien. Die deutsche Nummer eins hätte nach diesem Coup ganz Westeuropa „abgedeckt“:

Deutsche Bank in aller Welt

Deutschland	Italien
Deutsche Bank, Frankfurt	Banca d'America e d'Italie
Eigene Mittel: 11,5 Mrd. DM	Eigene Mittel: 445,8 Mrd. Lit
Muttergesellschaft	Anteil: 98,4%
Spanien	Niederlande
Banco Comercial Transatlantico	H. Albert de Bary & Co.
Eigene Mittel: 9,7 Mrd. Pta	Eigene Mittel: 121,7 Mill. hfl
Anteil: 66,1%	Anteil: 100%
Deutsche Bank Luxembourg	
Eigene Mittel: 11,7 Mrd. Lfrs	
Anteil: 100%	

(Quelle: Platow-Brief 121, 11. 10. 1989)

Bei Redaktionsschluß dieses Heftes war das Geschäft allerdings noch nicht bestätigt. Es gab sogar Meldungen über unverhoffte Schwierigkeiten: Angeblich sollen die französischen Behörden Bedenken haben wegen des knapp zehnpromtigen japanischen Anteils am Kapital der Deutschen Bank. Gegen japanischen Einfluß bestehen in Frankreich große Vorbehalte.

Die 25 größten deutschen Banken

Rang	Name	Bilanzsumme in Millionen Mark 1988	Bilanzsumme in Millionen Mark 1987	Veränderung in Prozent
1	Deutsche Bank	305300	268300	+ 13,7
2	Dresdner Bank	230964	206938	+ 11,6
3	Commerzbank	180400	161731	+ 11,5
4	Bayerische Vereinsbank	162600	149600	+ 8,7
5	Westdeutsche Landesbank	152418	142075	+ 7,3
6	Bayerische Landesbank	141811	131322	+ 8,0
7	Hypo-Bank	135172	126283	+ 7,0
8	DG Bank	132600	127500	+ 4,0
9	Norddeutsche Landesbank	109080	102070	+ 7,7
10	Hessische Landesbank	78670	74424	+ 5,7
11	Südwestdeutsche Landesbank	75656	68400	+ 10,6
12	Bank für Gemeinwirtschaft	64294	59302	+ 8,4
13	Landesbank Rheinland-Pfalz	45048	41834	+ 7,7
14	Hamburgische Landesbank	44847	40452	+ 10,9
15	Dt. Girozentrale - Dt. Kommunalbank	41741	38409	+ 8,7
16	BHF-Bank	33874	30609	+ 10,7
17	Berliner Bank	33679	30681	+ 9,8
18	Landesbank Schleswig-Holstein	33336	32372	+ 3,0
19	Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank	30549	25573	+ 19,5
20	Bremer Landesbank	30461	28228	+ 7,9
21	Hamburger Sparkasse	26821	25438	+ 5,4
22	Südwestdeutsche Genossenschafts-Zentralbank	25258	23483	+ 7,6
23	Westfalenbank	25130	23334	+ 7,7
24	Industriekreditbank	22592	20214	+ 11,8
25	Bayerische Handelsbank	20236	20379	- 0,7

(Quelle: Platow-Brief 112, 20. 9. 1989 [Beilage])

Demgegenüber konnte die Dresdner Bank eine erfolgreiche Akquisition in Frankreich melden: Sie wird die Mehrheit an der Banque Internationale De Placement (BIP) in Paris (Bilanzsumme: 6 Milliarden DM) übernehmen. Dabei handelt es sich nicht um eine Geschäftsbank (wie bei der von der Deutschen Bank anvisierten BI), sondern um ein Institut mit den Schwerpunkten Unternehmensfinanzierung und Wertpapierhandel. Zusammen mit der bereits bestehenden Frankreichtochter, der Banque Veuve Morin-Pons (Paris, Lyon) ist die Dresdner Bank ihrer Konkurrenz damit einen Schritt voraus.

Die angestrebte Mehrheit an der BIP von 75 Prozent (sie soll schrittweise erreicht werden) wird rund 388 Millionen DM kosten – für die Dresdner Bank kein Problem. Dafür erhält sie Zugang zu den Pariser Terminbörsen und Einfluß auf die französische Finanzwirtschaft.

Die Commerzbank begnügt sich einstweilen mit Kooperationsbeziehungen in Frankreich (vor allem mit Crédit Lyonnais). Außerdem hat sie die Brokergesellschaft Jean de Cholet-Gilles Dupont erworben, was allerdings erst ein schmaler Einstieg ins französische Finanzgeschäft ist. Erfolgreicher war die Bank in Spanien: Am 16. Oktober gab sie eine Überkreuzbeteiligung mit der Banco Hispano Americano bekannt.

Die Commerzbank hält schon seit 1984 zehn Prozent an dem spanischen Institut, dieses besitzt nun seinerseits fünf Prozent an der deutschen Nummer drei.

Schon seit etlichen Jahren ist der Lebensmitteleinzelhandel der Wirtschaftssektor in der Bundesrepublik, in dem die Konzentration des Kapitals mit am lebhaftesten abläuft. 1988 fanden 16 Unternehmenszusammenschlüsse mit einem Gesamtwert von 4,5 Milliarden DM statt. Die Tatsache, daß im Jahr vorher noch 50 Firmen mit 25 Milliarden Gesamtwert fusioniert worden sind, interpretierte das Handelsblatt (20. 9.) dahingehend, daß inzwischen „der Markt praktisch leergefegt“ ist.

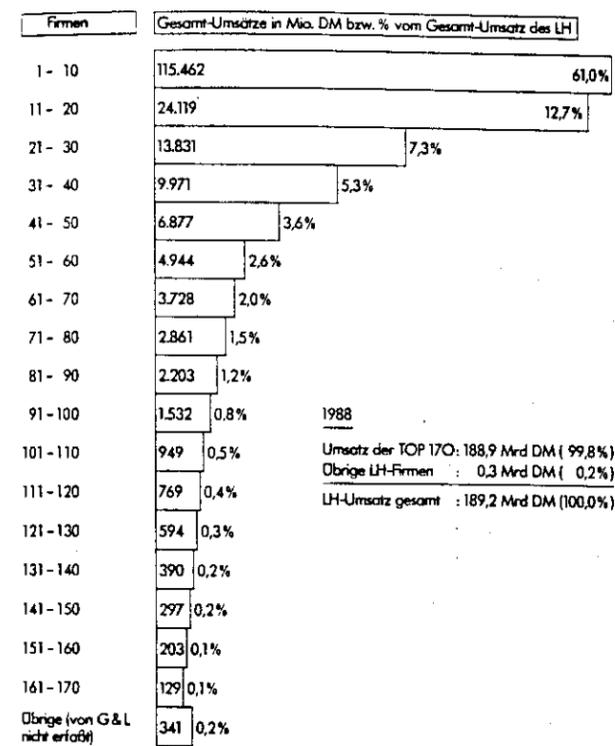
Angesichts der Tatsache, daß der Lebensmitteleinzelhandel von seiner Struktur her die Domäne des Kleinbetriebs ist („Laden an der Ecke“), bietet der Konzentrationsgrad ein beeindruckendes Bild: Die 50 Größten der Branche erzielten 1988 einen Umsatz von 172 Milliarden; das waren mehr als 90 Prozent des Gesamtumsatzes (189 Milliarden). Die zehn größten Firmen erreichten einen Anteil von 61 Prozent, die fünf Größten fast 45 Prozent und Metro alleine schon 10,8 Prozent. „Damit sind an der Spitze des Lebensmitteleinzelhandels Gebilde entstanden, deren Größenordnung, Aktivitäten und Wirkungsradius vor wenigen Jahren noch unvorstellbar waren“ (Handelsblatt, 6. 11. 1989).

Die größten Unternehmen im Lebensmittel-Einzelhandel (Mrd. DM)

	Gesamtumsatz		
	1988	1987	1986
1. Metro-Gruppe (darunter Kaufhof)	20,4 (10,1)	19,6 (8,9)	- (8,3)
2. Leibbrand-Gruppe	17,0	13,5	12,0
3. Aldi	15,7*	19,5*	18,9*
4. Karstadt	12,4	11,9	12,0
5. Asko-Massa-Gruppe (darunter Massa)	12,2	8,4 (3,3)	3,4** (3,0)
6. Coop	11,6	12,4	10,3
7. Tengelmann	11,4	10,8	10,3
8. Quelle	8,8	8,1	7,9
9. Otto	5,7	5,7	4,9
10. Hertie	5,3	4,5	4,3
11. Spar	5,2	4,0	3,6
12. Allkauf	4,1	3,9	3,5
13. Lidl & Schwarz	3,5	3,1	2,8
14. Wertkauf/Mann	2,9	2,9	2,8

* Aldi veröffentlicht keine Zahlen. Die LZ schätzt deshalb regelmäßig das Ergebnis. Für 1988 wurde die Schätzung aufgrund detaillierter Informationen nach unten korrigiert.
** ohne Schaper-Gruppe, die erst ab 1987 bei Asko konsolidiert wurde (Quelle: Lebensmittel-Zeitung, zit. n. Handelsblatt, 19. 9. 1989 und 20. 6. 1988)

Die Umsatzkonzentration nach Gesamt-Umsätzen im Lebensmittelhandel 1988



Spektuläre Entwicklung

HB DÜSSELDORF. Es ist der anhaltende Übernahmehunger, der die Konzentration im bundesdeutschen Lebensmittelhandel vorantreibt und die großen Unternehmen noch größer macht. So meldet Glendinning & Lehning in Frankfurt jetzt, daß die TOP-50-Unternehmen 1988 mit 172 Milliarden DM Food- und Non-food-Umsatz bereits 90 Prozent des Gesamtumsatzes der Branche erzielten; die zehn größten Unternehmen erreichen allein mit 115 Milliarden DM einen Marktanteil von 61 Prozent. Und die führenden fünf Handelsfirmen, also Metro, Aldi, Rewe-Leibbrand, Tengelmann und Asko-Schaper-Massa, nähern sich bereits einem Marktanteil von zusammen 45 Prozent, und jedes dieser Unternehmen ist auf dem besten Wege, die 20-Milliarden-DM-Umsatzmarke zu erreichen. Damit sind an der Spitze des Lebensmitteleinzelhandels Gebilde entstanden, deren Größenordnung, Aktivitäten und Wirkungsradius noch vor wenigen Jahren unvorstellbar waren.

Die Entwicklung im Lebensmittelhandel bleibt auch weiterhin spektakulär: Übernahmen und Fusionen am laufenden Band. Die größten Handelsunternehmen interessieren sich auch für „branchenfremde Leckerbissen“, insbesondere für den Fachhandel und verstärkt für ausländische Märkte. Die Strategien sind dabei nicht nur auf den Europäischen Binnenmarkt ausgerichtet, sondern zielen oft schon auf globale Markterschließung, wie Glendinning & Lehning in der neuesten Studie „G + L TOP 50“ herausstreicht.

GRAFIK/QUELLE: Auszug aus der Studie „G + L TOP 50“

Der Herbst 1989 war von etlichen recht spektakulären Firmenverkäufen gekennzeichnet. Auffallend war, daß Unternehmen aus Privatbesitz versilbert wurden. Allerdings ist das kein Wunder, denn gerade bei derartigen Fällen ist Eile geboten: Ab 1990 werden Unternehmensverkäufe mit dem vollen statt (wie bisher) dem halben Steuersatz belegt, wenn ihr Volumen 30 Millionen DM übersteigt. Vor diesem Hintergrund gingen folgende Transaktionen über die Bühne:

● Der Teigwarenhersteller B. Birkel Söhne GmbH, führender Anbieter auf dem westdeutschen Markt, geht zum Jahreswechsel an die BSN Groupe SA, Paris. Das Unternehmen hat seit 1984 laufend Marktanteile verloren (Umsatzrückgang von 389 auf 250 Millionen,

Belegschaftsabbau von 1200 auf 740) – nicht zuletzt aufgrund von Lebensmittelskandalen. Jetzt hat die Familie Birkel „das Handtuch geworfen“. Der neue Eigentümer besitzt in der BRD schon die Sonnen-Bassermann-Werke und ist einer der führenden Lebensmittelhersteller in Frankreich (1988: 12,5 Milliarden DM Umsatz, 4200 Beschäftigte).

● Die Familie Zanders verkauft ihre Mehrheit an der Zanders Feinpapier AG an die International Papers Co Purchase/NY. Zanders ist einer der führenden – und stark expandierenden – Hersteller hochwertiger Papiere in der BRD (Umsatz 1989: 1,1 Milliarden DM). Der neue Hauptaktionär gilt als eifriger Aufkäufer auf dem Kontinent; er hat in jüngster Zeit schon den französischen Papierkonzern Aussadat Rey und den britischen Film- und Fotopapierhersteller Ilford gekauft.

● Die Lentjes AG, Düsseldorf, ein Unternehmen der Umwelt- und Energietechnik sowie des Maschinenbaus, wird mehrheitlich von der Metallgesellschaft übernommen und an deren Tochterfirma Lurgi angegliedert. „Die Zeit der Tüftler ist vorbei!“ hieß es in diesem Zusammenhang.

● Die Otto Wolff AG wird von der Thyssen AG geschluckt. Otto Wolff erzielte 1988 3,3 Milliarden DM Umsatz mit Stahlverarbeitung und -handel und war das letzte Familienunternehmen im Stahlbereich. Die Thyssen AG hat durch den Erwerb ihre Position als Nummer eins der Branche in der BRD bekräftigt.

● Der „trojanische Krieg“ um den britischen Elektronik- und Rüstungskonzern Plessey endete wie sein historisches Vorbild: Nach eineinhalb Jahren „Belagerung“ (so der Börsenjargon) mußte das Management die Waffen strecken und die „unfreundliche Übernahme“ durch Siemens und General Electric hinnehmen. Die neuen Eigentümer (sie halten rund 75 Prozent) wollen die Beute unter sich aufteilen. Siemens wird rund zwei Drittel erhalten und dafür etwa vier Milliarden DM bezahlen. Die Filetstücke für Siemens sind:
– 40 Prozent des Telekom-Sektors (Plessey-Umsatz 1,8 Milliarden DM)
– der größte Teil der Rüstungselektronik (1 Milliarde DM)
– die komplette Verkehrstechnik
– 50 Prozent des Luft- und Raumfahrtgeschäfts (400 Millionen DM).

Für Siemens bedeutet der Erfolg dieser Aktion einen erheblichen Positionsgewinn auf den internationalen Märkten für Telekommunikation und für Rüstungsgüter. Auch die Position des BRD-Monopolkapitals innerhalb der EG wird dadurch gestärkt.

Was den „Dauerbrenner“ Daimler-Benz/MBB angeht, ist die Sache nach der Ministererlaubnis durch Herrn Haussmann im Prinzip gelaufen. Der Bildung des Rüstungsmultis in neuer Dimension steht nichts mehr im Wege. Haussmann hatte allerdings einige Auflagen gemacht, um den Anschein einer allzu forschenden Förderung des Militär-Industrie-Komplexes zu verwischen: Daimler-Benz bzw. MBB müssen ihre Rüstungsaktivitäten im Marinebereich sowie die Panzerschmiede Krauss-Maffei verkaufen. Die Umsetzung dieser Auflagen sorgte im Herbst noch für einige zusätzliche Diskussionen.

An den betroffenen Betriebsteilen bestehen bislang über verschachtelte Eigentumsformen Staatsanteile (der Bundesländer). Deshalb hätte es naheliegen können, die frei werdenden Anteile ebenfalls in öffentliches Eigentum zu überführen. Das hätte zwar bei weitem keine Verstaatlichung – oder gar Vergesellschaftung – dieser Teile der Rüstungsindustrie bedeutet, aber wenigstens den Einfluß privaten Kapitals auf die Waffenproduktion nicht noch weiter wachsen lassen.

Selbstverständlich wäre eine solche Erwartung naiv gewesen angesichts der Machtverhältnisse hierzulande. Die Rüstungsbetriebe bleiben „in der Familie“, sprich: im Einflußbereich des Monopolkapitals. Inzwischen ist auch klar, auf welche Weise das erfolgen soll.

Die Regierungen der vier Küstenländer (sie besitzen Anteile an MBB) organisieren ein Konsortium, das die Betriebe übernehmen soll. Es geht im wesentlichen um die MBB Marine- und Sonder-technik in Bremen (1,5 Milliarden DM Umsatz, 1200 Beschäftigte) und den Telefunken-Bereich A 41 (Marine- und Sondertechnik) in

Hamburg, Wedel und Bremen (500 Millionen DM Umsatz, 1850 Beschäftigte). Das Übernahmekonsortium wird durch Krupp (35 Prozent), Salzgitter (30 Prozent), Bremer Vulkan-Werft (30 Prozent) und zwei kleinere Werften (5 Prozent) gebildet.

Was Krauss-Maffei angeht, so ist Mannesmann auf dem besten Weg, das Rennen um die Mehrheit zu gewinnen. Nach dem bisherigen Stand wird außerdem der Rüstungsspezialist Diehl, Nürnberg, eine Minderheit (24,9 Prozent) erwerben. Diese Aktion organisiert die bayerische Landesregierung bzw. deren Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung, die 35,45 Prozent an Krauss-Maffei hält. Die neuen Eigentümer werden neben den Staatsanteilen auch noch diejenigen der Deutschen und der Dresdner Bank (je 10 Prozent), der Buderus AG (15 Prozent) und der MBB GmbH (12,45 Prozent) erwerben können.

Der Superfusion Daimler-Benz/MBB bedeutet für sich schon eine erhebliche Stärkung der privatmonopolistischen Komponente im Militär-Industrie-Komplex. Als Nebeneffekt erzeugt sie auf die eben geschilderte Weise noch eine Bekräftigung dieser Tendenz. Es werden Anteile an Rüstungskapital, die bislang unter staatlicher Regie (wenn auch ohne korrigierende Einflußnahme) standen, an private Monopole verkauft. Als Bonbon wird den Bundesländern an der Küste die Bildung eines High-Tech-Zentrums („Systemtechnik Nord“) in Aussicht gestellt. Dieses wäre allerdings ebenso unter staatlichem Eigentumstitel zu verwirklichen gewesen – ganz abgesehen davon, daß noch völlig unklar ist, was daraus letztendlich wird.

Exkurs: Der Niedergang der co op

Die Krise der bisherigen Nummer sechs im Lebensmitteleinzelhandel, co op, im September wird möglicherweise die Gewinne innerhalb der Spitzengruppe in dieser Branche verschieben. Der Konzern hatte in der Nacht vom 12. auf den 13. September einen gerichtlichen Vergleichsantrag stellen müssen, der erst in allerletzter Minute durch eine Rettungsaktion diverser Banken abgewendet wurde.

Die Misere war bereits im Frühjahr offensichtlich geworden, wenn auch nicht in ihrem vollen Ausmaß; damals war auf einer Krisensitzung der Gläubiger ein „Sanierungsbedarf“ von 1,9 Milliarden Mark diagnostiziert und auch akzeptiert worden. Danach sah es so aus, als sei die co op aus dem Gröbsten heraus. Das Bild änderte sich, als am 22. August der vorläufige Geschäftsbericht für 1988 vorgelegt werden mußte: Dort wurde ein Verlust von 2,6 Milliarden DM und die hoffnungslose (und – wie es hieß – betrügerisch verschleierte) Überschuldung des Konzerns angezeigt. Der Sanierungsbedarf kletterte jetzt auf 2,7 Milliarden.

Bei Überschuldung läßt das Gesetz eine Frist von drei Wochen, um durch freiwilligen Forderungsverzicht und/oder neuen Kapitalzufluß ein gerichtliches Insolvenzverfahren abzuwenden. Danach muß beim Gericht die Zahlungsunfähigkeit erklärt werden. Von den 124 betroffenen Gläubigerbanken stimmten aber nur 72 mit einem Verzichtsvolumen von 1,2 Milliarden DM einem Sanierungsvorschlag der DG-Bank zu. Das reichte nicht, und deshalb mußte der Vorstandsvorsitzende Friderichs den Gang zum Gericht antreten. Angesichts der hoffnungslosen finanziellen Situation hätte ein Insolvenzverfahren nur mit dem Konkurs enden können.

Die letzte Chance für eine Rettung von co op bestand nach diesem Schritt darin, doch noch eine Einigung der Gläubiger in ausreichender Höhe zustande zu bringen, um den Vergleichsantrag wieder zurückziehen zu können. Die Zeit drängte sehr, denn Lieferanten gaben an die co op-Zentrale Waren nur noch gegen Barzahlung heraus, versuchten z. T. bereits gelieferte Waren wieder zu beschlagnahmen; außerdem drohte die außerordentliche Kündigung der Mietverträge für die Filialen. Die Rettung gelang in einer Krisensitzung am 16./17. September. Die Maßnahmen, die der co op-Hauptversammlung am 30. November vorgeschlagen werden, sehen folgendes vor:

– Fast völlige Entwertung des Aktienkapitals (von 450 Millionen auf 14000); damit werden auch die reichlich ausgegebenen Belegschaftsaktien liquidiert.

– Eine Kapitalerhöhung auf 70 Millionen; die neuen Aktien werden von einem Bankenkonsortium übernommen und den Aktionären angeboten.

- Schaffung von neuem genehmigtem Kapital in Höhe von 35 Millionen.
- Vorstandsermächtigung zur Begebung von Wandelschuldverschreibungen bis zu 200 Millionen.
- Reduzierung der Bankschulden auf 25 Prozent der ursprünglichen Forderung; sie werden dann in dieser Höhe bar und endgültig abgefunden.
- Neue Kredite von der DG-Bank und der BfG über 500 Millionen DM.

Der Fall co op ist vor allem deshalb ziemlich undurchsichtig, weil es auf den ersten Blick so aussieht, als hätten sich die Banken von den Gewerkschaften ein faules Ei andrehen lassen. Die co op-Zentrale hatte zwar schon lange unter den gemeinwirtschaftlichen Unternehmen die losesten Bindungen zum DGB und scherte sich am wenigsten um Tarifverträge und Belegschaftsinteressen. Aber bis 1988 befand sie sich mehrheitlich im Besitz der gewerkschaftlichen Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft (BGAG).

Das Schicksal der co op wurde am 22. November 1988 besiegelt, als 60 Gläubigerbanken auf einer Krisensitzung beschlossen, 72 Prozent des Kapitals der AG an vier Banken zu übertragen: den Schweizerischen Bankverein (als Konsortialführer), die niederländische Amro-Bank, die Security Pacific National Bank und die Svenska Handelsbanken. Die DG-Bank und die BfG garantierten die Börsenplatzierung neuer Aktien.

Auf dieses Geschehen hatte die BGAG kaum noch Einfluß. Sie hatte nämlich (um Geld für ihre Neue-Heimat-Verpflichtungen zu beschaffen) ihre co op-Anteile bei der Beteiligungsgesellschaft des Bundes Deutscher Konsumgenossenschaften (BDK) „geparkt“; der BDK bezahlte den sehr niedrigen Preis von 175 Millionen DM und beschaffte sich das Geld dafür – beim SBV und der Amro-Bank!

Die gängige Lesart der Ereignisse ist heute, daß die Banken – insbesondere der SBV – dabei nicht aufgepaßt hätten und sich ein marodes Unternehmen andrehen ließen. Von gefälschten Bilanzen und Börsenprospekten ist die Rede. Der Wahrheitsgehalt dieser Version kann hier nicht geprüft werden. Allerdings dürfen zumindest Zweifel daran angemeldet werden, daß solche international erfahrenen Banken das Konzerngebilde co op nicht durchschaut und sich über die Höhe der Gesamtschulden hätten täuschen lassen.

Tatsache ist, daß der Griff nach der co op-Mehrheit zunächst ein höchst lukratives Geschäft war. Die BGAG hatte 60 DM pro Aktie bekommen, an die Börse gebracht wurden sie dann für 160 DM pro Stück. Daß die Übernahme auf diese gewaltsame Weise möglich war, dafür hatte nicht etwa eine drohende Zahlungsunfähigkeit gesorgt, sondern ein Artikel im „Spiegel“. Dort war (neben dem skandalösen Lebenswandel des Vorstandsvorsitzenden Bernd Otto) der Handelskonzern als mit vier Milliarden Mark überschuldet dargestellt worden. Die Reaktion darauf war die oben erwähnte Krisensitzung am 22. November 1988.

Allem Anschein nach haben sich die Banken die Situation nach der „Spiegel“-Veröffentlichung und die Liquiditätsnot der BGAG zunutze gemacht, um sich des Konzerns zu einem extrem billigen Preis zu bemächtigen. Daß sie in ihrer Gier dabei die gebotene Sorgfalt vernachlässigt haben, mag sein.

Die Sanierung der co op im Herbst 1989 unterschied sich auf bemerkenswerte Weise von der der Neuen Heimat wenige Jahre vorher, obwohl die Situation durchaus vergleichbar war. Bei der NH hatten Bundesregierung und Banken eine zügellose Kampagne gegen gewerkschaftliche Inkompetenz und Vetterwirtschaft veranstaltet und auf der Liquidierung des Konzerns bestanden. Die Gewerkschaften wurden am langen Arm gehalten und gezwungen, die Pleite fast vollständig aus eigenen Mitteln zu bezahlen. Finanzielle Zugeständnisse der privaten Gläubiger gab es nur in geringem Umfang. Diesmal hielt sich die Bundesregierung völlig aus der Sache heraus, von Inkompetenz bei den beteiligten Banken war höchstens andeutungsweise in Leitartikeln der Wirtschaftspressen zu lesen, und nach einigem Bühnenzauber war auch ein Forderungsverzicht von 1,7 Milliarden Mark möglich. Sage niemand, es gebe kein Klassenbewußtsein mehr.

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Da die Tarifeinkommen immer noch von den 1987 abgeschlossenen langfristigen Tarifverträgen über Lohn und Arbeitszeit bestimmt sind, bleibt ihre Steigerung gegenüber dem Vorjahr auch im dritten Quartal nur mäßig. Ihr Anstieg auf Monatsbasis – wo der Effekt der tariflichen Stundenloohnerhöhung bei gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung neutralisiert wird – ist sogar leicht zurückgegangen – auf +2,5 Prozent, und das bei einer Inflationsrate von +3 Prozent:

Tariflohn- und -gehaltsniveau¹

1988		1989	
1. Vj.	2. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
+2,7	+2,8	+2,7	+2,9
		+2,6	+2,5

¹ Auf Monatsbasis, in Prozent gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Die effektiven Einkommen sind allerdings etwas rascher gestiegen als die Tarifeinkommen. Die Löhne und Gehälter steigen 1989 brutto um ca. +3,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dies liegt vor allem daran, daß wegen der hohen Kapazitätsauslastung in großem Umfang Sonderschichten und Überstunden geleistet und in einer Reihe von prosperierenden Betrieben einmalige Sonderzahlungen gezahlt werden.

Trotzdem bestimmen die niedrigen Tarifierhöhungen insgesamt das Tempo der Einkommensentwicklung, welches von der Konjunktur und den Gewinnen völlig abgekoppelt erscheint.

Reallohnentwicklung¹

	1. HJ. 1989	2. HJ. 1989 ²	1. HJ. 1990 ²	2. HJ. 1990 ²
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+4,7	+5,0	+5,0	+6,0
Nettolohn- und -gehaltssumme	+3,5	+4,0	+7,5	+9,0
Je Beschäftigten	+2,1	+2,5	+6,5	+7,5
Inflationsrate	+2,9	+3,0	+3,0	+3,0
Realeinkommen je Beschäftigten	-0,8	-0,5	+3,5	+4,5

¹ Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr
² Prognose des Herbstgutachtens
(Quelle: DIW-Wochenbericht, 261-27/1989; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Die niedrigen Tarifierhöhungen für 1989 haben dazu geführt, daß trotz der glänzenden Konjunktur die Reallohn im Sinne der um die Inflationsrate bereinigten Nettoeinkommen je Beschäftigten um 0,5 bis 0,8 Prozent niedriger liegen als im Vorjahr. Auf der anderen Seite haben die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen 1989 um +7 Prozent zugenommen, was abzüglich der Inflationsrate von 3 Prozent einen realen Zuwachs von +4 Prozent bedeutet.

Für das Jahr 1990 wird allerdings mit einer durchgreifenden Änderung gerechnet, vorausgesetzt, die Gewerkschaften sind in der Lage, in den Lohnrunden höhere Tarifabschlüsse für die abhängig Beschäftigten durchzusetzen. Von einem Anstieg der Bruttoeinkommen, der zu einer merklichen Steigerung der privaten Konsumnachfrage führt, gehen sogar die fünf Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten aus, obwohl sie zugleich „moderate“ Tarifabschlüsse empfehlen und statt hoher Abschlüsse Einmalzahlungen befürworten, weil letztere die Unternehmen nicht dauerhaft mit Lohnkosten belasten würden.

Die konjunkturell erwünschte Kaufkraftsteigerung ergibt sich nicht aus den Bruttolöhnen (vermindert um die Inflationsrate): Die erwarteten Reallohnzuwächse von 3,5 bis 4,5 Prozent resultieren vielmehr aus den hohen Steigerungen der Nettoeinkommen infolge der Entlastung durch die dritte Stufe der Steuerreform ab 1990. Sie kommt vor allem mittleren und hohen Einkommen zugute und soll

die Nettokaufkraft durch Verzicht des Staates auf ca. 30 Milliarden DM Einnahmen beleben. Eine derartige Lösung der Kaufkraftsteigerung, nämlich eine, die der Staat trägt, ist den Unternehmern selbstverständlich lieber als eine gleichgroße Erhöhung der Nettokaufkraft auf dem Wege erhöhter und noch dazu tariflich festgeschriebener Bruttolöhne.

3.2 Preise

Während des Gesamtzeitraums von Januar bis September 1989 ist das Preisgeschehen gegenüber dem Vorjahreszeitraum maßgeblich durch Mineralölprodukte bestimmt gewesen. Deren Preise waren zwischen 16 und 23 Prozent höher als im Vorjahr. Heizöl und Kraftstoffe trugen auch am stärksten zur Preissteigerung der Lebenshaltung bei, die am Jahresende wohl rund 3 Prozent teurer sein dürfte als Ende 1988.

Lebenshaltung 1989¹

	Veränderung in % gegenüber dem Vormonat	gegenüber dem Vorjahr
Januar	+1,1	+2,6
Februar	+0,3	+2,6
März	+0,2	+2,7
April	+0,6	+3,0
Mai	+0,2	+3,1
Juni	+0,2	+3,1
Juli	-0,2	+3,0
August	-0,1	+2,9
September	+0,2	+3,1
Oktober	+0,3	+3,2

¹ Alle Haushalte, Preisbasis 1980
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.)

Im Oktober erreichte die Inflationsrate im Vergleich zum Vorjahr mit 3,2 Prozent ihren höchsten Stand seit sechs Jahren. Dies ist um so bemerkenswerter, als das Statistische Bundesamt einen neuen Warenkorb als Grundlage nimmt, der nach den Verbrauchsgewohnheiten des Jahres 1985, nicht mehr nach denen von 1980 zusammengestellt ist. Diese neue Berechnung wirkt sogar „preisdämpfend“, da die Inflationsrate nach dem alten Warenkorb sogar um 3,3 Prozent gestiegen wäre. Es ist denkbar, wenn auch möglicherweise etwas verfrüht, daraus zu schließen, daß der im Herbstgutachten vorausgesagte Preisauftrieb für 1990 sich schon im Oktober 1989 zeigt. Im übrigen ist der neue Warenkorb realistischer: So berücksichtigt er einen von 15 auf 18 Prozent gestiegenen Anteil für Wohnungsmiete bei den Haushaltsausgaben und einen von 6,5 auf 7,2 Prozent erhöhten Anteil für Haushaltsenergie, während das Gewicht von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren von 25 auf 23 Prozent vermindert wurde.

In der Tat sind neben den Mineralölprodukten und Nahrungsmitteln gegenwärtig die Wohnungsmieten der stärkste Inflationsfaktor: Vor allem in den Ballungsräumen hat sich die Wohnungsknappheit verschärft und die Realisierbarkeit von Mieterhöhungen für Vermieter erleichtert. Insgesamt sind aber Befürchtungen überzogen, daß sich die gegenwärtige Inflationsrate bei den Verbraucherpreisen, die im Januar 2,6 Prozent und im Oktober 3,3 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat angestiegen war, weit über die 3-Prozent-Marke hinaus beschleunigen wird.

Ausgewählte Preisindizes¹

	Industrie- preise	Landwirtschaftl. Erzeugerpreise	Einzelhandels- preise	Import- preise
Januar	+2,9	+3,5	+1,5	+5,9
Februar	+3,1	+5,3	+1,6	+5,9
März	+3,4	+6,3	+1,9	+7,2
April	+3,5	+7,9	+2,0	+7,3
Mai	+3,4	+9,3	+2,1	+7,1
Juni	+3,0	+10,7	+2,3	+5,3
Juli	+3,0	+11,6	+2,4	+3,0
August	+3,0	+13,3	+2,4	+2,7
September	+3,0		+2,5	+3,7
Oktober	+3,0			

¹ 1989, Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank)

Von einer allgemeinen Wiederbelebung inflationärer Tendenzen in der Bundesrepublik kann man derzeit nicht sprechen. Vor allem die industriellen Erzeugerpreise haben sich stabilisiert. Sie bewegen sich immer noch unterhalb des Niveaus von 1985.

In Bewegung gekommen sind dagegen die Nahrungsmittelpreise; die in den letzten Jahren fast stabilen Preise für die meisten Lebensmittel sind teilweise stark angestiegen und schlagen auf die Lebenshaltungskosten durch. Vor dem Hintergrund einer teilweise niedrigeren landwirtschaftlichen Produktion ist es gelungen, die Talfahrt der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise zu stoppen. Der entsprechende Index erreichte zur Jahresmitte erstmals wieder den Stand von 1980 und ist seitdem weiter angestiegen. Die Einfuhrpreise, die im Frühjahr 1989 anzogen, aber dann an Tempo nachließen, liegen noch immer um 15 Prozent unter dem Niveau von 1985. Seit Frühsommer verteuerten sie sich nicht mehr überdurchschnittlich. 1990 werden die Rohstoffpreise infolge verringerter Nachfrage aus den Industrieländern weiterhin sinken. Die Preise für Fertigwarenimporte dagegen werden 1990 angesichts der hohen Kapazitätsauslastung im Ausland vermutlich etwas anziehen.

3.3 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Die günstige Konjunkturlage macht sich seit einiger Zeit auch am Arbeitsmarkt deutlich bemerkbar: Die Beschäftigung steigt vergleichsweise kräftig an.

Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft (saisonbereinigt)¹

	1988				1989	
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj. ²
Insgesamt	22855	22897	22945	23013	23131	23231
darunter:						
Produzierendes						
Gewerbe	9746	9732	9735	9751	9808	9812
Handel/Verkehr	4361	4366	4374	4377	4387	4403
Dienstl.	8506	8557	8595	8645	8694	8774

¹ In 1000 Personen
² Schätzung des DIW
(Quelle: DIW-Wochenbericht 41/1989)

In der Industrie setzte sich die Beschäftigtenexpansion fort. Saisonbereinigt wurden im zweiten Quartal über 30 000 Personen zusätzlich eingestellt. Daß der Anstieg im gesamten produzierenden Gewerbe nur gering ist, liegt am Beschäftigtenrückgang im Baugeerbe um 28 000 Personen: Im ersten Quartal war dort witterungsbedingt die Beschäftigtenzahl um 30 000 gestiegen, was sich wieder normalisiert hat. Die Beschäftigtenzunahme in der Industrie geht vor allem auf die gute Exportkonjunktur im Investitionsgüter- und Verbrauchsgütersektor zurück, nicht dagegen auf das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe. Insgesamt lag die Zahl der Beschäftigten im zweiten Quartal saisonbereinigt um 334 000 über dem entsprechenden Vorjahresstand. Selbst wenn man in Rechnung stellt, daß in dieser Zahl auch zunehmend Teilzeitarbeitsplätze enthalten sind, ist das Tempo der Beschäftigtenausweitung gegenwärtig doch beachtlich. Dies hängt im übrigen auch mit den weiteren Arbeitszeitverkürzungen zusammen, die im Laufe dieses Jahres wirksam werden.

Auch bei der registrierten Arbeitslosigkeit zeigen die aktuellen Ziffern Bewegung:

Registrierte Arbeitslose¹

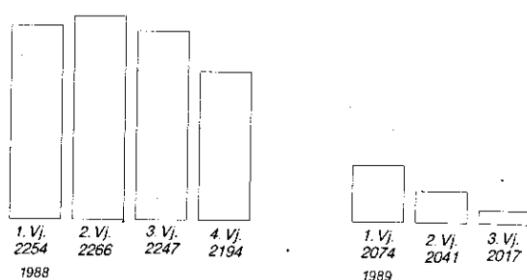
	1988				1989		
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
	2254	2266	2247	2194	2074	2041	2017

¹ In 1000 Personen, saisonbereinigte Ziffern
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Im Oktober 1989 gab es mit 1,874 Millionen Arbeitslosen den niedrigsten Stand seit Anfang der achtziger Jahre, dem ein Nachkriegshöchststand bei der Beschäftigung entsprach. Doch sieht man von saisonalen Faktoren ab, so vollzieht sich nur ein langsamer Rück-

Registrierte Arbeitslose

(in 1000 Personen, saisonbereinigte Ziffern)



(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

IMSF

gang. Die Bewegung bei der Gesamtarbeitslosigkeit ist gering. Alle Experten rechnen mit einem Sockel von 2 Millionen Arbeitslosen auch im Jahre 1990. Die Arbeitslosigkeit wird trotz zunehmender Beschäftigung nicht sinken, weil das Erwerbersonnenpotential noch stärker wächst. Entscheidend dafür ist neben Ausländern die Zahl von Aussiedlern, die auf den Arbeitsmarkt drängen. Hinzu kommt der Zustrom von Übersiedlern aus der DDR, die aufgrund ihrer Sprache und guten Qualifikation schneller dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Das zusätzliche Angebot an Arbeitskräften in Höhe von ca. 350 000 im Jahre 1990 ist die Grundlage für die Beschäftigungsexpansion, während die registrierte Massenarbeitslosigkeit in einer Dimension von 2 Millionen bestehenbleibt. Dies gilt selbstverständlich nur rein zahlenmäßig, da unter den registrierten Arbeitslosen gerade Aussiedler überdurchschnittlich vertreten sind. Ende Oktober zählten die Arbeitsämter 61 700 arbeitslose Übersiedler (1989 kamen bis Ende Oktober 167 200 Übersiedler in die Bundesrepublik) und 115 100 arbeitslose Aussiedler – ohne 94 400 Teilnehmer an Deutschsprachlehrgängen für Aussiedler.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Hochkonjunktur bei anhaltender Massenarbeitslosigkeit füllen Meldungen über Arbeitskräftemangel die Spalten der Wirtschaftspresse. Daß einzelne Unternehmen einen Facharbeitermangel für die von ihnen geforderte Qualifikation haben, ist normal. In Zeiten hoher Arbeitslosigkeit werden die Klagen erst öffentlichkeitswirksam. Doch rächt sich hier höchstens der Umstand, daß die Unternehmen in den letzten Jahren aus der Arbeitslosenmenge nur die Gutqualifizierten herausholten, ohne durch Ausbildungsmaßnahmen für passenden Nachschub zu sorgen.

Arbeitsmarkt 1989

	Arbeitslose		Kurzarbeiter		Offene Stellen	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Januar	2335	-184	171	-139	196	+35
Februar	2305	-212	199	-151	216	+42
März	2178	-262	186	-238	233	+43
April	2035	-227	200	-61	238	+45
Mai	1948	-201	97	-101	249	+53
Juni	1915	-216	140	-62	257	+56
Juli	1973	-226	33	-169	255	+56
August	1940	-227	81	-52	263	+63
September	1881	-219	46	-109	289	+85
Oktober	1874	-200	50	-48	300	+104

(1) In 1000 Personen
(2) Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

3.4 Tarifrunde 1990 – vor einem gesellschaftlichen Großkonflikt?

Im Frühjahr 1990 beginnen nach dreijähriger Pause wieder die Tarifaueinansetzungen der IG Metall und der neugegründeten IG Medien um die Arbeitszeit. Im Mittelpunkt steht dabei die möglicherweise letzte Verhandlungsrunde um die Realisierung der 35-Stunden-Woche, nachdem 1984 nach einem heftigen Arbeits-

kampf die 38,5- und 1987 in einem Verhandlungskomproß die 37-Stunden-Woche in Stufen eingeführt wurde. Die letzte Stufe der 37 Stunden begann im April 1989. Stehen die Gewerkschaften nunmehr vor einem gesellschaftlichen „Großkonflikt“, wie Franz Steinkühler ankündigte? Die aktuellen ökonomischen wie politischen Eckdaten lassen eine eindeutige Prognose derzeit noch nicht zu.

– Die konjunkturellen Prognosen wie die Daten zur Gewinnentwicklung der Unternehmen weisen auf mögliche ökonomische Konzessionsspielräume hin, die eine Kompromißlösung begünstigen könnten (vgl. hierzu die Abschnitte 1 und 2). Eklatant ist die Schere zwischen Gewinnentwicklung und den Einkommen der abhängig Beschäftigten. Dies weist auf einen enormen Umverteilungsprozeß seit Beginn der 80er Jahre zugunsten der Gewinne hin, der angesichts der dreijährigen Tarifpause an der Lohnfront einen erheblichen Nachholbedarf provoziert. Dies drückte sich schon in zahlreichen Vereinbarungen über einmalige Sonderzahlungen (zwischen 500 und 1000 DM) in Betrieben der Automobilindustrie wie sogar der Stahlindustrie aus, ohne daß es allerdings zu einer allgemeinen „Nachschlagbewegung“ kam. Auf jeden Fall wird die Forderung nach Einkommenserhöhungen in den kommenden Tarifbewegungen eine zentrale Rolle spielen. Die Erwartung der Wirtschaftsinstitute einer Bruttoeinkommenserhöhung von 5 bis 6 Prozent für das nächste Jahr, der im „Herbstgutachten“ eine stabilisierende Rolle für die Konjunktur beigemessen wird, deutet hier Konzessionslinien an.

– An der politischen Front weisen mehrere Faktoren auf eine Konfliktverschärfung hin – insbesondere in bezug auf die Arbeitszeitforderungen. Für die Bundesregierung hat Wirtschaftsminister Haussmann mit seiner Forderung nach Beendigung von Arbeitszeitverkürzungen und einer Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche den provokativsten Akzent gesetzt. Die Aufforderung des DIHT-Vorsitzenden Stihl (früher Gesamtmetall), zur Abwehr der gewerkschaftlichen Aktionen Angriffsaussperrungen einzukalkulieren, sollte bewußt die Stimmung in den Unternehmerverbänden anheizen. Die in beiden Äußerungen angekündigte konfrontative Strategie für die kommende Tarifrunde wird jedoch von der weiteren Entwicklung des politischen Großklimas bestimmt und eventuell modifiziert werden. Die Eckdaten hierfür werden u. a. durch den bevorstehenden Bundestagswahlkampf 1990, die hierbei möglichen Verschiebungen und Differenzierungen in den politischen Lagern und durch die Auswirkungen des krisenhaften Umbruchs in der DDR gesetzt werden.

Entscheidend wird vor allem die Fähigkeit der Gewerkschaften sein, im Vorfeld eines Konfliktes die Mitglieder bei allen differenzierten Interessenlagen für das Forderungspaket zu mobilisieren und in einer breiten gesellschaftlichen Öffentlichkeit die konfrontativen, marktradikalen und antigewerkschaftlichen Kräfte zu isolieren. Für die Mobilisierungsfähigkeit der eigenen Mitgliedschaft erweisen sich zwei Aspekte als bedeutsam: Erstens ist die Einkommenserhöhung (bei IGM zwischen 7,5 und 9 Prozent) eine wichtige und unverzichtbare Komponente im gesamten Forderungspaket. Zweitens wirkt die Verteidigung des freien Wochenendes als ein zentraler mobilisierender Aspekt bei der Durchsetzung der Arbeitszeitforderungen.

Schon in den früheren Konflikten wurde sichtbar, daß in der Forderung nach der 35-Stunden-Woche ein umfassender Anspruch auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Entwicklung zum Ausdruck kommt. Dieser Anspruch auf eine solidarische Gestaltung der Arbeit und gesellschaftlichen Strukturen kann gegen die Deregulierungs- und Flexibilisierungsoffensive des Kapitals und der Konservativen mit ihren Folgen der Segmentierung und Marginalisierung immer größerer Lohnabhängigengruppen gerichtet werden und damit zu einem vereinheitlichenden Kampfziel werden. Damit erhalte die Tarifaueinansetzung um die Arbeitszeit eine gesellschaftspolitische Dimension und könnte gerade im Wahljahr 1990 Impulse für eine neue Reformoffensive vermitteln.

Da die Tarifrunde um die Arbeitszeit unter den erheblich erschwerten arbeitskampfrechtlichen Bedingungen (AFG § 116) stattfindet, sind Mobilisierungsfähigkeit der betrieblichen Basis sowie gesellschaftliche Resonanz für die gewerkschaftlichen Forderungen schon im Vorfeld ausschlaggebende Faktoren der Entwicklung des Kräfteverhältnisses. Die Realisierung der 35 Stunden ist für die Gewerkschaften ein unverzichtbarer Kernbestandteil eines Tarifabschlusses 1990, der für sie ohne schwerste innere Vertrauenskrise nicht kompromißfähig ist. Mögliche Kompromißlinien werden eher in der zeitlichen Dimension der Erfüllung der einzelnen Forderungselemente, der Höhe der Einkommensverbesserungen und des Ausgleichszeitraums für Mehrarbeit (zur Zeit 6 Monate) zu erwarten sein. Ohne ernsthafte Vorbereitung der Gewerkschaften auf einen möglichen Arbeitskampf wird aber noch nicht einmal eine Kompromißlösung wie 1987 denkbar sein.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main 1.

Verfasser: Dr. Winfried Schwarz, Klaus Pickshaus. Der Abschnitt 1.6 wurde von Elvio Dal Bosco, der Abschnitt 2.2 von Dr. Gert Hautsch verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 20. 11. 1989. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der Nachrichten-Verlags-GmbH, Kurfürstenstr. 18, Postfach 900749, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 48,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 4,- DM, Jahresabonnement 15,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.

Liebe KollegInnen!

Über mehr als 20 Jahre war das IMSF ein Ort der Forschung und Diskussion für die ArbeiterInnenbewegung, die linken und demokratischen Bewegungen in der Bundesrepublik. In jüngster Zeit hat es sich verstärkt um einen offenen und breiten Dialog der Linken bemüht und neuen theoretischen Herausforderungen gestellt.

Nun steht fest: Das IMSF kann aus finanziellen Gründen nicht mehr weiterarbeiten. Wissenschaftliche Arbeit sowie Veranstaltungs- und Publikationstätigkeit müssen, wenn sie überhaupt in bescheidenem Umfang fortgeführt werden sollen, auf eine völlig neue Basis gestellt werden.

In dieser Zeit politischer Umbrüche und Gefährdungen wächst aber gerade das Bedürfnis, die Perspektiven der ArbeiterInnenbewegung und des Sozialismus im Zusammenhang globaler Herausforderungen zu diskutieren; dazu scheint uns auch die wissenschaftliche Weiterentwicklung marxistischer Positionen unverzichtbar. Wir rufen auf zur Beteiligung an der Diskussion, wie die Tätigkeit des Vereins IMSF e.V. im Interesse der Linken weitergeführt werden kann; dazu gehören eine materielle und personelle Mindestausstattung (Bibliothek, Archiv, Versammlungsraum etc.) und ein Programm für einen wissenschaftlichen Arbeits- und Diskussionszusammenhang (Kolloquien, Diskussionsrunden, Seminare, Vortragsreihen, Projekte etc.) sowie für ein realistisches Publikationskonzept. Hier und heute steht aber die Bewältigung akuter ökonomischer Probleme an – nicht zuletzt zur sozialen Abfederung der betroffenen MitarbeiterInnen.

Wir bitten um einen Solidarbeitrag zur finanziellen Unterstützung des IMSF. Spenden auf das angegebene Sonderkonto oder direkt per Scheck an den gemeinnützigen Verein IMSF e.V. sind als wissenschaftlichen Zwecken dienend steuerlich absetzbar.

*Solidaritätskonto Ursula Schumm-Garling
Frankfurter Sparkasse (BLZ 50050201),
Konto-Nr. 0345802381*